

Klaus Pradel, geb. am 17. März 1940

Man kann nicht ein ganzes Berufsleben lang mit gesellschaftlichen Problemen befasst sein, ohne sich die Frage zu stellen, wie denn die Dinge zusammenhängen. Ist das, was wir Suchterkrankung nennen nur ein individuelles Problem oder muss man gar feststellen, dass unsere Gesellschaft mittlerweile so „verkommen“ ist, dass sie ihre Individuen massiv zu schädigen beginnt und im ganz engen Sinne richtig krank macht?

Diesen und ähnlichen Fragen möchte ich, da ich nun die Muße dazu habe, und beruflich weder abhängig bin noch subtile Pressionen von Arbeitgebern und anderen Institutionen über Gebühr zu fürchten habe, nachgehen und aufschreiben, was ich gefunden habe. Ich beginne also eine Arbeit, die Veränderungen fordert, zumindest nachzudenken anregt, auch jene Mitmenschen, die möchten, das alles so bleibt wie es ist.

Ich denke, unsere Gesellschaft befindet sich an einem Punkt ihrer Entwicklung, an welchem es nur noch eine sehr schwache Chance gibt, die Entwicklungsrichtung zu korrigieren. Die Verzahnungen und Zusammenhänge möchte ich am Problem süchtigen Verhaltens beschreiben, denn dem galt mein Hauptaugenmerk durch viele Jahre meiner beruflichen Tätigkeit hindurch.

Sucht, wie ich sie verstehe, mit all ihren vielfältigen Erscheinungsformen und all ihren sehr unterschiedlichen Symptomen vom Alkoholismus bis zur Gier, von der Heroinsucht bis zum Ausleben ungezügelter Aggression ist wesentlich am Prozess gesellschaftlicher Entwicklungen und ihrer Fehlentwicklungen beteiligt. Da sie selbst auch Ergebnis dieses Prozesses ist, besteht hier eine Wechselwirkung in Abhängigkeit. Dies ist der Versuch, die Zusammenhänge aus meiner ganz subjektiven Sicht zu beschreiben und Lösungsansätze zu skizzieren.

Wie ein Problem entsteht oder wie man es entstehen lässt.

Als sich in den sechziger Jahren der Konsum von Haschisch, LSD und Heroin auch in der Bundesrepublik Deutschland ausbreitete, waren Drogen eher ein Symbol des Protestes vorwiegend jüngerer Menschen gegen das "etablierte Bürgertum" und die damit verbundene Lebensweise. Die so genannten illegalen Drogen waren einerseits direkter Protest gegen die Erwachsenengeneration, andererseits aber „Hilfs-Mittel“, die versprachen, neue meditative Erfahrungen machen zu können, sich von innerlichen Verkrampfungen und Zwängen zu lösen, die Wahrnehmung zu verändern und zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

Zu diesem Zeitpunkt war die "Drogenwelle", parallel zu Studenten und Schülerunruhen, nichts anderes, als pubertärer Protest gegen "die Autoritäten". Ein auffälliger Aspekt des Erwachsen werdens einer kritischen Generation also. Dies wird schon daraus ersichtlich, dass sich die "Drogenszene" in erster Linie aus Studenten und Gymnasiasten zusammensetzte. Die jahrtausende alte Auflehnung der in die Erwachsenenrolle hineindrängenden Jugendlichen gegen ihre Eltern, die man bis Aristoteles zurückverfolgen kann, wurde aus dem Wohnzimmer in die Öffentlichkeit getragen. Von den Grundzügen her betrachtet also ganz und gar nichts neues unter der Sonne.

Während dieser Zeit fand eine noch heute wirksame Imagebildung statt: Drogenkonsum - insbesondere von Cannabisprodukten - wurde gleichgesetzt mit Intellektualität, kritischem Bewusstsein und einem unabhängigen alternativen Lebensstil. Alkohol war definiert als das Mittel der Etablierten und der Reaktionäre. Wir werden die verhängnisvollen Folgen dieser Etikettierung noch eingehender betrachten.

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis reagierte "Die Gesellschaft" auf dieses, im Grunde bekannte und seit Generationen durchaus gleiche Phänomen neuerdings jedoch mit Panik. Dies erstaunt allerdings nicht wirklich, denn mit einem Mal wurde nicht mehr nur die elterliche Autorität in Frage gestellt, sondern, und das war neu, auch ganz gezielt und direkt die staatliche. Große Teile des hoffnungsvollen Mittel- und Oberschichtnachwuchses schienen plötzlich nicht mehr bereit, bestimmte gesellschaftliche Normen ohne weiteres zu übernehmen, ja sie lehnten Autoritäten, wie Lehrer, Professoren, Polizei und Politiker offen ab. Die Reaktionen waren polizeiliche Verfolgung der "Ausgeflippten", Observationen, Verhaftungen und Verurteilungen von Demonstrationsteilnehmern und so genannten Rädelsführern und auch die strafrechtliche Verfolgung von Drogenkonsumenten wurde zum exotischen Sonderfall.

Begründet wurde das Vorgehen gegen die Drogen auf zwei Ebenen, die heute noch Grundlagen der Politik bilden. Der Schutz der Volksgesundheit und der Schutz der Gesellschaft vor so genannten „kulturfremden Drogen“.

Darüber lohnt es, nachzudenken. Beide Argumente standen und stehen nämlich auf recht wackeligen Beinen. Zwar kann man durchaus spezielle Drogen bestimmte Kulturen oder geographisch Regionen zuordnen, jedoch sorgen seit je her Handel, Kriege, Bevölkerungsbewegungen usw. für den kulturellen Austausch bestimmter Substanzen, sodass es sich keineswegs um ein neues Phänomen handelte. So war beispielsweise im 17. Jahrhundert in Deutschland das Kaffee trinken verboten und selbst das Tabak rauchen teilweise sogar unter Todesstrafe gestellt. Andererseits wurde in vielen Gegenden Deutschlands bis ins 20. Jahrhundert hinein Hanf angebaut. Eine aus dieser Pflanze üblicherweise hergestellte Suppe war wegen ihrer beruhigenden und Hunger stillenden Wirkung ausgesprochen hoch geschätzt. Ähnlich verhält es sich mit dem "Export" des Alkohols in Kolonialländer sowie der schon damals erfolgte Import von Opium und Kokain in die Heimatländer der Kolonialmächte. Also insgesamt nichts wirklich neues.

Davon abgesehen erhebt sich gerade in jüngster Zeit generell und auf den verschiedensten Ebenen immer drängender die Frage, was denn eigentlich unter kulturfremd zu verstehen ist und das Monstrum von der Idee der „Leitkultur“ wabert durch die Köpfe. Die Übernahme fernöstlicher Meditationsverfahren, Kultur- und Glaubensformen, kulturfremder Essgewohnheiten aus Asien und Fernost, sowie ungezählte Amerikanismen in der Sprache, um nur ein paar wenige Beispiele zu nennen, lassen diesen Begriff höchst fragwürdig erscheinen, zumal vor einem Hintergrund der massiv wachsenden Migration aus aller Herren Länder.

Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 80 Millionen machen derzeit Heroinabhängige und Cannabiskonsumenten zusammen rund 0,50% der Gesamtbevölkerung aus. Zum Zeitpunkt der so genannten ersten Drogenwelle dürften es maximal 0,2 % gewesen sein. Weder von der Volksgesundheit noch von der Volkswirtschaft her gesehen ist diese Zahl zunächst so bedeutsam, dass sie eine derartig umfassende Intervention erforderte. Warum dann also solch ein unglaublicher Aufwand? Die Anzahl der Herointoten beläuft sich dabei nämlich lediglich auf einen geringen Bruchteil der jährlichen Verkehrstoten, und damit ist wohl dieser ein viel bedrohlicherer Faktor im Bezug auf Volksgesundheit.

Es wird mit unterschiedlichen Zahlen operiert. Die immer wieder auftauchenden Daten, die belegen sollen, dass jeder Heroinabhängige einen volkswirtschaftlichen Schaden von ca. 1 Million Euro darstellt, sind eine Milchmädchenrechnung, da der größte Posten dieser Summe auf das Konto so genannter Hilfsmaßnahmen geht. Darunter sind zu verstehen, die Finanzierung von Drogenberatungsstellen, Therapieeinrichtungen, Ärztehonorare, Kosten für Strafverfolgung, Verurteilung und Gefängnisaufenthalte sowie Präventionskampagnen.

Statt also die "Drogenwelle" der späten 60iger Jahre als Jugendprotest, als also ein zeitlich begrenztes Phänomen zu erkennen und entsprechend zu reagieren, begann "zum Schutze

des deutschen Volkes" eine Kriminalisierung und Verteufelung des Drogenkonsums sondergleichen. Die Konsumenten wurden durch polizeiliche Verfolgung sowie "Aufklärung", welche die Gefährlichkeit und Abartigkeit der Drogen herausstellte, systematisch zur gesellschaftlichen Randgruppe stigmatisiert. Mit zunehmender Strafverfolgung und noch verschärft durch die wirtschaftlichen Veränderungen der frühen siebziger Jahre, übernahm die Drogenszene das Stigma der apolitischen, asozialen und kriminellen Randgruppe widerstandslos und ist noch heute damit belegt.

Der illegale Handel begann sich zu organisieren, ging in die Hände internationaler Großorganisationen über, die ihrerseits atemberaubende Gewinne machten. Der Gewinnzuwachs zwischen Anbau und Endverkauf liegt bei Cannabis um bis zu 10.000 %, bei Heroin um bis zu 25.000 %. Der Handel richtete sich dabei ganz konkret nach den bei uns sehr hoch gehaltenen Prinzipien der freien Marktwirtschaft aus, denn die Preise werden je nach Absatzlage gehoben oder gesenkt, ganz so, wie in der übrigen Wirtschaft auch. Neue Kunden werden zwecks Expansion mit Mitteln subtiler Werbung geworben. Die Konsumenten werden von den Monopolgesellschaften und ihrem Preisdiktat abhängig gemacht und beginnen – da sie ja häufig arbeitslos sind oder werden - ihren Konsum mit Einbrüchen und Diebstählen zu finanzieren. Der endgültige Schritt in die Kriminalität wurde so nahtlos und ganz unspektakulär endgültig vollzogen.

Diese Entwicklung führte logischerweise zu der Veränderung der Drogenkonsumenten, und "die Gesellschaft" stand diesem Phänomen Mitte der siebziger Jahre weitestgehend fassungslos und was schlimmer ist hilflos gegenüber. Es kam daher zwangsläufig zur Ausweitung des Konsums auf die Unterschicht und zur Entpolitisierung der Drogenszene. Die Folgen waren Veränderung der Konsummotive, eine zunehmende Kriminalisierung und somit auch einer Brutalisierung der Abhängigen selbst.

Bezeichnenderweise konnte sich immer noch niemand diese Entwicklung erklären und man reagierte nach "altbewährtem Schema": mehr Strafverfolgung, mehr Beratungsstellen, mehr Therapieeinrichtungen, mehr Aufklärung, mehr Aufmerksamkeit, mehr Geld.

Im Gefolge einer sich weiterhin verschlechternden wirtschaftliche Situation, einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit und damit massiver sozialer Veränderungen, trug dieses "mehr derselben Lösung", wozu auch ein neues Betäubungsmittelgesetz gehörte, zum Fortbestand des permanent anwachsenden Drogenkonsums bei. Ja wir dürften mittlerweile, da der Konsum bewusstseinsverändernder Stoffe zumindest in der Jugendkultur den Nimbus des Besonderen völlig eingebüßt hat - an jenem Punkt angelangt sein, wo die praktizierten Lösungen im Hinblick auf eine mögliche Problemlösung selbst zum Problem geworden sind.

Schauen wir ein wenig zurück auf die Erfahrungen mit der Prohibition in den USA. Und auch in Schweden. Die jedenfalls sprechen eigentlich eine deutliche Sprache. Aber wer ist bereits aus den Erfahrungen aderer etwas zu lernen? In den USA wurde der Alkoholkonsum als ernstes Sozialproblem eingeschätzt. Diese Kampagne wurde bezeichnenderweise von Gruppierungen betrieben, die eindeutig sittlich-moralische und Glaubensmotive verfolgten. Wer Alkohol trank, war wegen der enthemmenden Wirkung sittlich-moralisch gefährdet. Moralische Appell zur Einschränkung zeigten jedoch wenig Erfolge. Bald wurde der Verkauf eingeschränkt, mit ebenfalls zweifelhaftem Erfolg. Letztlich griff man zu dem extremen Lösungsversuch in Form der Prohibition.

Damit wurde jedoch bald das "Heilmittel" zum größeren Problem. Es wurden Schwarzbrennereien aufgebaut, die über ihre eigenen Verteilerorganisationen verfügten. Es kam zu Kartellbildungen der Organisationen, zu Konkurrenzkämpfen und damit zu einem Anwachsen krimineller Delikte. Dies machte es wiederum notwendig, eine eigene Verfolgungsbehörde aufzubauen, um dies Treiben zu unterbinden. Gleichzeitig wandelte sich „das Trinken“ bedingt durch die Unreinheit des schwarz gebrannten Fusels von einem moralischen Problem zu einem wirklichen Gesundheitsproblem. Das lieferte nun den Betreibern der Prohibition nachträglich starke Argumente mit den bekannten Folgen der Verschärfung des Gesamtproblems. Polizei und Politik erwiesen sich alsbald anfällig für

Bestechungen, was dem "Problem" eine neue, wiederum moralische Dimension verlieh und neue Folgeprobleme erforderten neue Gegenmaßnahmen, und so setzte sich die Schraube der Fehlentwicklung immer weiter fort. Da das zu lösende Problem auf diese Weise immer kritischer wurde, lag es auf der Hand, die Durchführung der Prohibition zu verschärfen.

Dieses "mehr derselben Lösung" bewirkte auch bezeichnenderweise eine neuerliche Verschärfung, denn es ging ja nun bereits um zwei Probleme; den ursprünglich zu bekämpfenden Alkoholkonsum und die aus diesem "Kampf" erwachsenen Folgeprobleme. Die USA gaben schließlich auf, denn sie sahen sich irgendwann gezwungen, die Prohibition aufzuheben. Gelernt hat daraus offensichtlich bis zum heutigen Tage allerdings niemand etwas. Und wir haben mittlerweile im Bereich des Drogen- und Rauschmittelkonsums eine Situation, welche jener in den USA während der Prohibition zumindest sehr ähnlich ist.

Wir stehen also noch immer hilflos folgenden Tatsachen gegenüber:

In den Ursprungsländern stellt der Anbau von Drogen eine wichtige Existenzgrundlage dar. Nicht nur die Bauern finden darin eine Erwerbsgrundlage, sondern auch vieler Regierungen wie beispielsweise Bolivien finanzieren Waffenkäufe über Drogenhandel.

Die hohen Gewinnspannen verführen zum Strecken der Drogen. Die Mittel dazu sind nicht immer ungefährlich, die Wirkung ist nicht mehr kalkulierbar. Die Risiken für die Benutzer steigen ins Unkalkulierbare.

Der organisierte Drogenhandel ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor geworden. International operierende Handels-Organisationen setzen Milliarden um und entwickeln – genau wie einschlägige Industrien auch - immer neue Produkte.

Abhängige von Suchtmitteln nutzen die relativ leichte Möglichkeit bei Geldinstituten Kredite aufzunehmen, um ihre Stoffbeschaffung zu finanzieren. Die Kredite werden häufig nicht bedient. Es ist aber zu vermuten, dass die Geldinstitute andere Möglichkeiten haben, diese Verluste auszugleichen. Dieser Zustand ist unhaltbar, weil hier das System in den Banken -- freilich ohne sich dessen voll bewusst, zu sein - die Stoffbeschaffung der Abhängigen direkt subventioniert. Damit wird die Gesundheitsschädigung verstärkt, die Motivation zur Therapie vermindert und der legale, wie illegale Handel bereichert. Die entstehenden Kosten tragen zum Teil die Familie, letzten Endes der Bankkunde, d.h. die Bevölkerung. Genaue Zahlen dazu gibt es nicht, da alle Versuche wegen der hohen Dunkelziffern an einer gewissen Unschärfe leiden.

Die Auslastung von Therapieeinrichtungen, insbesondere die großer RehaKetten ist nicht kosten deckend. Zynischerweise muss man solche Institutionen ein ökonomisches Interesse an der Ausweitung der Suchtproblematik unterstellen.

Es gibt eine sogenannte Selbstheilungsquote, das bedeutet, einen Anteil derjenigen, die ohne professionelle Hilfe alleine aus dem Drogenkonsum aussteigen. Unterschiedliche Experten schätzen die Quote auf rund 20%

Auch ambulante Beratungsstellen haben letztendlich ein ökonomisches Interesse an der Erhaltung der Suchtproblematik, allein schon aus Beschäftigungsgründen.

Einen beschäftigungspolitischen Faktor stellt auch die Ausweitung des Verfolgungsapparates der Justiz dar, obschon die ständig steigenden Sicherstellungen von Rauschgiften nach optimistischen Schätzungen bestenfalls 5 % der tatsächlich konsumierten Menge ausmachen.

Das Betäubungsmittelgesetz hat nachweislich zu einer Abnahme der Therapiemotivation geführt. Die strafrechtliche Verfolgung auch kleiner Konsumenten hat zugenommen. Es werden höhere Strafen verhängt, die seltener zur Bewährung ausgesetzt werden. Dies hat

zu einer Erhöhung des Binnendrucks der Drogenszene beigetragen: Misstrauen, Rückzug, Erpressung gegen mögliche Aussteiger sind die Folge.

Ökonomisch wichtig sind aber auch folgende Aspekte des "Suchtproblems":

Viele Millionen Euro sind bisher von selten der Bundesregierung für Modellversuche ausgegeben worden, die gewöhnlich von angesehenen Instituten wissenschaftlich begleitet wurden. Art und Umfang der wissenschaftlichen Begleitung sowie die unterschiedlichen Träger Strukturen der Beratungsstellen lassen es allerdings fraglich erscheinen, ob die gewonnenen Erfahrungen je übertragen werden.

Seit Ende der 60iger Jahre werden immer wieder Institutionen, selbstverständlich gegen Honorar, beauftragt, Umfragen zum Rauschmittelkonsum Jugendlicher zu veranstalten. Bis auf einige, eher nebensächliche Faktoren, sind die Ergebnisse der ersten Befragungen mit der letzten identisch.

Die Landeszentralen sowie die Bundeszentrale für Gesundheitserziehung erhalten für bisher nachweislich vom Ergebnis her fragwürdige Präventionsmaßnahmen erhebliche Geldmittel.

Ganze Generationen von Wissenschaftlern, Studenten und Praktikern haben sich durch Veröffentlichungen zur Drogen- Problematik profiliert oder wollen sich profilieren. Ich tue das übrigens gerade auch und mache daher davon keine Ausnahme.

Ebenso bringen die entsprechenden Veröffentlichungen, egal ob Bücher, Zeitschriften, Video, Filme, Plakate etc., eine Reihe von Verlagen und Institutionen nicht unbeträchtliche Gewinne ein. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Vermarktung von Christiane F. "Wir Kinder vom Bahnhof Zoo", die Bücher von Castaneda und anderen „Drogenpäbsten“ u.s.w.

Eine nicht unbeträchtliche Reihe von Institutionen verdienen ihr Geld damit, dass sie Fortbildungen für ehrenamtliche Suchtkrankenhelfer, für Drogenkontaktlehrer sowie für Drogentherapeuten anbieten. Ebenso dürften die Aufwendungen für Rechtsanwälte bei Verfahren nach dem Betäubungsmittelgesetz nicht unerheblich sein usw. usw.

Alles in allem stellen die direkt oder auch indirekt vom Suchtproblem betroffenen Teile der Bevölkerung einen wirtschaftlichen Faktor dar, der ein Vielfaches dessen beträgt, was diese Menschen zusammen gerechnet je in ihrem Leben verdienen, geschweige denn was sie an Sozialleistungen und Steuern erbringen könnten. Hier ist denn wohl die Frage gestattet, wer letztendlich ein wirkliches Interesse am Verschwinden des "Suchtproblems" haben könnte.

Vordergründig selbstverständlich die Kostenträger von Therapiemaßnahmen, in erster Linie also sicher die Rentenversicherungsträger könnte man meinen. Obwohl, und dieser Gedanke lässt wieder nachdenklich werden, die Landesversicherungsanstalten also auch die BfA eigene Therapieeinrichtungen unterhalten. Fast ausschließlich Langzeiteinrichtungen, Kurdauer 6 Monate, in erstklassig ausgestatteten Häusern. Und da die Kostenträger gleichzeitig über Kostenzusagen auch für andere Häuser entscheiden, beherrschen sie den Markt und beeinflussen Belegungsstrukturen.

Selbstverständlich müssen hier auch ganz andere wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen diskutiert werden: - Viele Erzeugerländer finanzieren mit dem Handel von Kokain, Haschisch, Opiaten usw. u. a. ihre Waffeneinkäufe! Die wirtschaftliche Bedeutung der Waffenexporte für die Bundesrepublik ist allseits bekannt.

Die deutsche Chemie exportiert nicht unerhebliche Mengen von Chemikalien, die zur Aufbereitung bzw. Herstellung von Rauschmitteln, insbesondere Heroin, benötigt werden.

Wirtschaftliche und politische Interessen sind offensichtlich größer als das Bedürfnis, Erzeugerländern akzeptierbare Alternativen zum Drogenanbau zu geben. Wir erleben das ja gerade in Afghanistan.

Eine ganz andere Dimension tut sich natürlich auf, wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf andere Suchtmittel richten, nämlich den Alkohol und die schier unüberschaubare Zahl von Medikamenten. Wein-, Hopfen-, Gersteanbau, Bierbrauereien, Brennereien, Gaststätten, Pharmaindustrie, Apotheken etc. stellen wirtschaftliche Faktoren von großer Bedeutung dar und sind in vielen Gegenden Deutschlands – zum Beispiel hier bei uns in der Pfalz - neben dem Tourismus – der auch wieder mit Alkohol zu tun hat, die Haupterwerbszweige. Jede wirtschaftlich begründbare und zur Sicherung des Einkommens notwendige Anbau-, Absatz- oder Umsatzsteigerung erhöht im Nebeneffekt - egal ob gewollt oder auch nicht - gleichzeitig das Suchtrisiko.

Unter diesem Aspekt gesehen mutet es an wie eine schlecht gemachte Grotteske, wenn ganz aktuell die Pfälzer Winzer gezwungen werden, an den Deutschen Weinfonds und die Gebietsweinwerbung eine Zwangsabgabe zu leisten, damit die deutsche Weinwerbung auf europäischer Ebene nicht ins Hintertreffen gerät. Und begründet wird dies mit der Behauptung, die Deutsche Weinwerbung leider wegen der im Vergleich zu anderen Erzeugern in Europa relativ nördlichen Lage der Anbauggebiete an „branchenspezifischen Nachteilen“. Das hat nicht etwa die Werbeindustrie festgestellt, das könnte man ja noch verstehen. Nein, ein Deutsches Verwaltungsgericht kam zu diesem Schluss und man muss sich natürlich fragen, ob den Richtern bewusst war, dass mit jedem Euro, der für Werbung und damit die Steigerung des Anbaus von Ausgangsprodukten ausgegeben wird, gleichzeitig eine Ausbreitung der Sucht in Kauf genommen wird. Denn logischerweise führt mehr Konsum notwendigerweise zu mehr Süchtigen.

Mit welchem Ziel wird dann eigentlich, so muss zu fragen erlaubt sein, unter diesen Gegebenheiten eigentlich Suchtberatung und -behandlung und vor allem Prävention durchgeführt?

Ich will ganz sicher niemanden, der an der "Suchtproblematik" in irgendeiner Form beteiligt ist, Absichten oder dunkle Machenschaften unterstellen! Wir müssen uns aber mit der Tatsache auseinandersetzen, dass die Verflechtung ökonomischer Interessen mit Vorurteilen, Ängsten und objektiven Falschinformationen über Sucht und Abhängigkeit verstärkt durch wissenschaftliche Dispute, über Sucht und ihr Entstehungszusammenhänge, unmittelbar zur Verschärfung und Verfestigung des Problems beigetragen haben und dies auch weiterhin tun werden.

Das eigentliche Problem, der Konsum von Drogen und berauschenden Mitteln ist nur dadurch zu lösen, dass wir aufhören, Suchtmittelabhängigkeit als gesondertes Phänomen zu betrachten. Es ist unabdingbar, dass wir das Phänomen in seiner Funktion erkennen und es einordnen in bereits bekannte Formen sozialer und individueller Fehlanpassungen oder Erkrankungen.